

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 385

16. Febr. 25
34. Jahrg.

Die Linke

Barnim



300.000+ machen klar:

Schwangerschaftsabbrüche legalisieren - JETZT!

CDU & FDP haben mit undemokratischen Tricks die Selbstbestimmung von Frauen und Menschen mit Uterus verhindert. Vorerst. Wir vergessen nicht.
Wir kämpfen weiter – auch nach der Wahl.

328 Abgeordnete des Bundestages wollten noch vor der Wahl die Legalisierung von Abtreibungen in den ersten 12 Wochen beschließen. Dazu sollte der §218 des Strafgesetzbuches reformiert und die Regelung außerhalb des Strafrechtes angesiedelt werden. Dieser Versuch einer überfraktionellen Gruppe von Abgeordneten ist nun ersteinmal gescheitert. Der Rechtsausschuss des Bundestags entschied am 10. Februar, keine Abstimmung über den entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag zuzulassen. Dafür wäre eine Sondersitzung des Ausschus-

ses nötig gewesen, die aber am Widerstand von CDU, CSU und FDP scheiterte. Zuvor hatten Verfassungsrechtler, Ärzte und Wissenschaftlerinnen in einer dreistündigen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf Stellung bezogen. Eine Expertenkommission hatte im April eine Empfehlung abgegeben.

„Wir machen weiter, auch nach der Wahl. Versprochen!“, kündigte die Linken-Politikerin Heidi Reichinnek unter tosendem Beifall von Demonstrierenden an. *bc*

Mehr dazu bei
Heidi Reichinnek
auf Instagram



Jeden Tag
ein Argument

Noch immer haben Frauen weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben als Männer. Sie erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im Niedriglohnsektor. Die Linke versteht sich deshalb als sozialistische und feministische Partei und strebt die materielle Gleichstellung der Geschlechter an. Ziel ist die gerechte Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das versteht die LINKE unter Geschlechtergerechtigkeit, so steht es im Wahlprogramm. Viele Einzelmaßnahmen sind dafür erforderlich. Von Arbeitszeitregelungen über das Steuerrecht bis zur kostenfreien Abgabe von Menstruationsprodukten gehört vieles dazu.

Eine zentraler Punkt ist die Umsetzung der so genannten „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frau-

Die Linke:
Frauenrechte
sind
Menschen-
rechte

en und häuslicher Gewalt. Sie muss aus Sicht der LINKEN in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür braucht es Frauenhäuser, die bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. In Brandenburg zum Beispiel fehlt fast die Hälfte der Plätze in Frauenhäusern.

Nicht zuletzt bleibt der Strafrechtsparagraf 218 ein Hauptproblem (*siehe nebenstehend*): Danach steht ein Schwangerschaftsabbruch weiter unter Strafe, die Bestrafung wird nur durch eine Pflichtberatung ausgesetzt. „Die Entscheidung gegen eine Schwangerschaft muss frei von Zwängen, Hindernissen und Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden.“ heißt es deshalb im Wahlprogramm der LINKEN. Die Versorgungslage ungewollt Schwangerer müsse deutschlandweit verbessert werden und der Schwangerschaftsabbruch als medizinischer Eingriff gelten, der zur gesundheitlichen Versorgung dazu gehört. *bc*

Deshalb am
23. Februar:

Die Linke
wählen!

Mit der Zweitstimme
über 5 Prozent!

nächste Online-Ausgabe am 17. Februar

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.